



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/VI/142

Bonn, den 22. Juni 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Das Ritschl - Gutachten	S. 1
Ein Jahr Korea-Krieg	S. 4
UNESCO und Rhein-Main-Linie	S. 6
Stalin-Aufgebot	S. 7

Dreizehn Punkte zum Schuman-Plan

Das für den Hamburger Senat für seine Stellungnahme zum Schuman-Plan im Bundesrat ausgearbeitete Gutachten des international anerkannten Nationalökonomen Prof. Dr. Hans R i t s c h l von der Universität Hamburg ist zwar in der Presse erwähnt, in seinem sachlichen Inhalt jedoch kaum bekannt geworden. Das 22 Druckseiten umfassende Gutachten enthält eine gründliche Untersuchung und stützt sich auf im Anhang beigegebenes statistisches Material. Prof. Ritschl faßt seine Meinung über den Schuman-Plan am Schluß seines Gutachtens in folgenden 13 Punkten zusammen:

1. Der Schumanplan, ausgehandelt und auch in seiner ungünstigen endgültigen Fassung vertreten von einer Regierung, die sich neoliberalen Wirtschaftsprinzipien verschrieben hat, tritt die wirtschaftspolitische Souveränität über Bergbau und Schwerindustrie an eine überstaatliche Behörde ab, die rein marktwirtschaftliche Prinzipien zu befolgen hat. Mit ihr verzichten die Mitgliedstaaten auf eine wirksame Vollbeschäftigungspolitik.

2. Die Hohe Behörde, hat in ihren Maßnahmen im Wesentlichen den Marktschwankungen zu folgen, sie hat keine ausreichenden Mittel, diese Schwankungen, die in normalen Zeiten in Konjunkturzyklen ablaufen müssen, zu beherrschen und auszuschließen.

3. Für den Fall des Auftretens tiefgreifender Störungen

ist die Revisionsklausel des Artikels 95 unzureichend, da die Grundprinzipien der Artikel 2, 3 und 4 als unumstößlich gelten. Die Dauer des Vertrages ist auf fünfzig Jahre vorgesehen, eine Kündigung ist nicht zulässig.

4. Das Prinzip, eine europäische Vereinigung auf dem Wege der Errichtung unitarischer Teilmärkte anzustreben, erweist sich als sehr fragwürdig und enthält die Gefahr, nationalistische Widerstände zu erwecken.

5. Die Aufhebung der Ruhrbehörde und der Beschränkungen für die deutsche Produktion, vor allem der Stahlquote, ist bisher nur von deutschen Regierungsvertretern verheißen worden. Im Vertragswerk ist sie nicht verbrieft.

6. Deutschland würde mit schweren materiellen Benachteiligungen in die Gemeinschaft für Kohle und Stahl eintreten. Deutschland ist der Wiederaufbau und die Modernisierung seines Bergbaus und seiner Stahlindustrie im wesentlichen durch die Politik der Besatzungsmächte bisher unmöglich gemacht worden. Durch Produktionsbeschränkungen, hohe Ausfuhrumlagen und vor allem durch Demontagen ist die deutsche Montanwirtschaft schwer geschädigt und in Rückstand gebracht worden gegenüber ihren Konkurrenten. Sie ist vorbelastet mit einem riesigen Nachholbedarf.

7. Die Aufhebung des gemeinsamen Kohlenverkaufs, der unter das Kartellverbot des Artikels 65 fällt, unterstellt den Kohlenbergbau dem hier unzureichenden Prinzip freier Konkurrenz, verteuert den Kohlenvertrieb, führt zu unwirtschaftlichen Transporten, enthält die Gefahren ruinöser Konkurrenz, führt zum Raubbau. Die in § 12 der Übergangsbestimmungen vorgesehene Überprüfung der hiermit entstehenden Gefahren stellt keine wirksamen Abhilfen in zuverlässige Aussicht.

8. Die gleichzeitig mit dem Schumanplan von den Besatzungsmächten dekretierte Entflechtung und dem Schumanplan zugrunde gelegte praktische Aufhebung der Verbundwirtschaft von Eisenhüttenwerken und Kohlenzechen benachteiligt die deutsche Stahlindustrie und stellt eine Diskriminierung dar gegenüber der weiterhin zugelassenen Verbundwirtschaft zwischen Erzgrube und Hüttenwerk in Lothringen.

9. Die Aufhebung der Verbundwirtschaft in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung schwächt die Standortsgewichtigkeit der Erzverhüttung an der Ruhr vornehmlich für Thomasstahl.

10. Der Schumanplan sichert Frankreich den Bezug von Ruhrkohle und Ruhrkoks, er enthält keine Gewähr für den Bezug lothringischer Erze für die Hüttenwerke an der Ruhr.

10a. Das Verbot diskriminierender Transporttarife stellt eine Durchbrechung der Tarifhoheit der Staaten dar und beraubt sie eines wichtigen Mittels, vorhandene Standorte zu sichern.

11. Der nach dem Schumanplan zu erwartende Ausbau des deutschen Kohlenbergbaus wird vorbelastet mit einer Verpflichtung zu Ausgleichszahlungen vor allem an Belgien, die auf 60 bis 80 Millionen im ersten Jahre geschätzt werden und später von Jahr zu Jahr um ein Fünftel sinken sollen.

12. Die Vorteile des großen Marktes, die in einer Zollunion wirksam werden, treten auf einem Teilmarkte weit weniger in Erscheinung. Sie sind nicht ausreichend, um eine merkliche Hebung des Lebensstandards hervorzurufen.

13. Der Schumanplan wird eine Sozialisierung der Schwerindustrie und des Bergbaus in Westdeutschland erschweren und ist geeignet, ihre planwirtschaftliche Auswertung zu verhindern.

Das Gutachten schließt mit der Bemerkung:

In der Tat ist die Bindung, die Deutschland eingehen würde für einen Zeitraum von nicht weniger als fünf Jahrzehnten in einer Marktordnung, deren wirtschaftliche Auswirkungen noch nicht voll zu übersehen sind, die schwerste Fessel des Vertragswerkes und eine unverantwortbare Preisgabe der Handlungsfreiheit Deutschlands.

Ritschl

+ + +

Ein Jahr Korea-Krieg

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Die Führung Nordkoreas, die am 25. Juni 1950 ihre Truppen über den 38. Breitengrad schickte, mochte sich den weiteren Verlauf der Dinge wohl anders vorgestellt haben, als sich die Lage heute darbietet. Aber auch der unbeteiligte Beobachter hat längst sein vor-schnelles Urteil revidieren müssen: daß sich an Korea der dritte Weltkrieg entzünden werde und daß der Sieg der kommunistischen Waffen nur eine Frage von Tagen sei. Nichts davon ist eingetroffen. Der Korea-Konflikt ist isoliert geblieben und die Nordkoreaner müssen sich heute verzweifelt fragen, welchen Sinn ein Weiterkämpfen noch habe.

Wer die überfallenen Südkoreaner am Anfang des Krieges, schlecht ausgebildet, noch schlechter ausgerüstet und mit halben Herzen für eine halb demokratische Verfassung kämpfen sah, gab keinen Pfifferling für Südkorea. Das änderte sich auch dann kaum, als die ersten UNO-Truppen, bataillonsweise von den japanischen Inseln herübergeschafft, den Südkoreanern Korsettstangen einzogen und dann, mehr schlecht als recht, den Brückenkopf von Pusan hielten - eine Studie von Dinkirchen in der Tasche. Das langsame Anlaufen der militärischen UNO- (sprich US-) Hilfe war wenig ermutigend; als aber in der zweiten Septemberhälfte durch die Landungsoperation bei Inchon die kommunistische Front über Nacht einstürzte, mußte man zur Kenntnis nehmen, daß nicht Langsamkeit, sondern Gründlichkeit Tun und Handeln des Westens bestimmte.

Was dann folgte, ist kein Ruhmesblatt in den militärischen Erinnerungen MacArthurs: der ungedeckte Vormarsch an den Yalu angesichts der politisch unsicheren Verhältnisse. MacArthur hat die Niederlage, die aus seiner eigenen Offensive vom 24. November erwuchs, damit begründet, daß er vom Eingreifen Rotchinas nichts wissen konnte. Das ist ein fadenscheiniger Mantel, ein Feldherr mußte in dieser Situation mit allen Möglichkeiten rechnen.

Der Dezember war politisch der kritischste Monat des Korea-Krieges. Rotchina hatte mit materieller Unterstützung durch die

Sowjets die Waffen gegen die UNO erhoben, eine Situation, die ernst genug war. Aber Washington und Lake Success bewahrten die Nerven, man akzeptierte notgedrungen die von Peking lancierte Version von "chinesischen Freiwilligen" und stempelte erst Monate nachher, als Mao durch den Entzug der russischen Lieferungen von Moskau selbst gestraft wurde, Rotchina durch UNO-Beschluß zum Aggressor.

Mit dem Augenblick, da General Ridgway, heute auf dem Posten General MacArthurs in Tokio, das Frontkommando übernahm, wandelte sich das Geschick für die UNO-Truppen. Zwar konnte auch Ridgway einen Erfolg der kommunistischen Neujahrs-Offensive nicht verhindern und ängstliche Gemüter waren bereits wieder von der Dünkirchen-Psychose erfaßt, aber Mitte Januar stabilisierte sich die UNO-Front und sie hat seither allen Belastungen standgehalten.

Daß diese Front heute etwa 30-40 km nördlich des 38. Breitengrades steht, ist drei Faktoren zuzuschreiben: der elastischen, jedes Abenteuer vermeidenden Taktik Ridgways, der gewachsenen Kampferfahrung der US-Truppen und dem Mangel an offensivem Material (Panzer, Flugzeuge) bei den Chinesen. Das letztere kann sich, wenn Stalin wieder will, ändern, immerhin sind die beiden anderen Faktoren stark genug, daß man eine Katastrophe in Korea wohl kaum mehr befürchten muß. Es scheint, als hätten die UNO-Truppen Aussicht, sich an den Flaschenhals von Korea heranzuarbeiten (die Linie Wonsan-Pyöngyang - nicht zu verwechseln mit dem jetzt umkämpften Pyönggang) und dort den Korea-Krieg zuzustopfen. Vielleicht nehmen dann die zahlreich umherschwirrenden Friedensgerüchte festere Formen an.

Korea war der Versuch Stalins, zu erproben, wie weit er gehen kann. Das hat er erfahren und die freie Welt ist Amerika dafür zu Dank verpflichtet. Der Krenl hat ferner durch Korea eine Rüstungswelle in der freien Welt entfacht, die ihm kaum gelegen kommen dürfte. Amerika hat ungewollt in Korea einen vorbildlichen Truppenübungsplatz gefunden. Aus den G.I.s, die vor einem Jahr glaubten, vom Jeep aus die Kommunisten niederkämpfen zu können, sind herzhaftere Kämpfer geworden, die im Nehmen wie im Geben hart geworden sind. Das ist neben der Erprobung neuer Waffen und der Schulung eines Offizier-Korps unter Scharf-Schieß-Bedingungen der Gewinn, den Amerika aus den Milliarden Dollar ziehen kann, die der Korea-Krieg bisher gekostet hat. Um des gepeinigten koreanischen Volkes willen aber müßte man sagen, daß des grausamen Spieles nun genug sei. Das liegt allerdings nicht allein im Willen Washingtons.

Seltsame UNESCO - Geographie

C.G. In diesen Tagen findet in Paris die diesjährige Vollversammlung der UNESCO statt, auf der auch die Aufnahme der Bundesrepublik in diese Organisation beschlossen wurde. In der Freude darüber vergessen die meisten Kommentatoren Vorgänge zu erwähnen, die sich kürzlich in Wiesbaden zugetragen haben, und die - milde ausgedrückt - einen erheblichen Schönheitsfehler darstellen.

Dort tagten die Kuratorien der drei Internationalen Institute, die von der UNESCO in der Bundesrepublik errichtet werden sollen. Es sollte über den Sitz und die personelle Besetzung dieser Institute entschieden werden. Der Deutsche UNESCO-Ausschuß hatte schon vorher drei Städte in Vorschlag gebracht, nämlich Hamburg für das pädagogische, Frankfurt für das sozialwissenschaftliche und München für das Jugend-Institut. Diese Wahl hatte die Zustimmung aller an der sachlichen Arbeit der Institute ehrlich interessierten Kreise gefunden. Der Norden, die Mitte und der Süden der Bundesrepublik waren dabei berücksichtigt. In Hamburg hätte das Pädagogische Institut in enger Verbindung mit der lebendigen und fortschrittlichen pädagogischen Praxis der Hansestadt arbeiten können, in Frankfurt wäre ein Anknüpfen an die alte sozialwissenschaftliche Tradition dieser Wirtschaftsmetropole möglich gewesen.

Aber in Wiesbaden beschloß man anders - soweit von Beschluß überhaupt gesprochen werden kann -, denn den deutschen Vertretern in den Kuratorien blieb nichts anderes zu tun übrig, als die bereits vom Generalsekretariat der UNESCO in Paris vorweggenommene Entscheidung auch hinsichtlich der Institusleiter nachträglich zur Kenntnis zu nehmen. Diese Form erinnert bedenklich an Methoden, die bisher der Aera der "Reeducation" vorbehalten zu sein schienen. Als Institutssitze wurden Köln für das sozialwissenschaftliche, Freiburg im Breisgau für das pädagogische und München für das Jugend-Institut bestimmt.

Die maßgebenden Instanzen der UNESCO werden sich nicht wundern dürfen, wenn aus dieser seltsamen Geographie Schlußfolgerungen gezogen werden. Allzu leicht stellt sich der Verdacht ein, auch in der UNESCO herrsche jene merkwürdige Verstellung von einem "christlichen

Abendland", das nur bis zur Rhein-Main-Linie reicht. Bestimmte Kreise hoffen offensichtlich in jenen drei Städten ein kulturpolitisches Klima zu finden, das ihren restaurativen Vorstellungen von abendländischer Kultur entspricht. So rückt der Beschluß der UNESCO in die gefährliche Nähe eines Zugeständnisses an die kulturpolitischen Ambitionen des Bundeskanzlers. Dies ist umso erstaunlicher, als die UNESCO immer wieder in ihren Zielen gerade das Prinzip des "non-governmental" betont, d.h. die Förderung der freien, von Regierungsstellen nicht gegängelten und ferngesteuerten Initiative im Kulturleben.

+ + +

Das "Stalin-Aufgebot"

Man schreibt uns aus der Sowjetzone:

Die kommunistischen "Weltjugendfestspiele" werfen ihre Schatten voraus. In allen Landkreisen und größeren Städten der Sowjetzone rollen jetzt FDJ-Aktivitätstagungen ab. Einziges Thema: Festlegung der Verpflichtungen zum "Stalin-Aufgebot". Unter diesem Motto soll die Sowjetzonen-Jugend zu Massenwettbewerben aufgerufen werden - "zur Ehre und zum Ruhm des großen Stalin".

So mußten sich die jungen Stahlwerker des Stahl- und Walzwerkes Gröditz verpflichten, ihre Arbeitsnormen bis zu den "Weltjugendfestspielen" um 15 Prozent zu erhöhen. Die Lehrlinge in den Kreisen Halle, Querfurt, Bieleben, Wittenberg und Torgau übernahmen "freiwillig" 200 Einzel- und Kollektivverpflichtungen zur Produktionssteigerung. Einen Planvorsprung von 14 Tagen sollen die Kumpel einer Jugendbrigade im Zwickauer Schichtkohlenbergwerk "Martin Hoop" zu Ehren des Stalin-Aufgebotes der Jugend erreichen. Die mecklenburgischen "Jugtraktoristen" auf den staatlichen Maschinen-Ausleih-Stationen mußten sich ihrerseits verpflichten, ihre Arbeitsnormen um durchweg fünf Prozent zu erhöhen und Sonderschichten zu leisten. Eine Verpflichtung besonderer Art erdachten sich die FDJ-Aktivisten Rostocks. Sie wollen mit ihren Agitationsgruppen das seinerzeitige "Stalin-Interview" unter der Bevölkerung Rostocks verstärkt popularisieren.

Dieser kurze Querschnitt durch die FDJ-Verpflichtungen zum "Stalin-Aufgebot" beweist erneut, unter welchem Zeichen die III. "Weltfestspiele" in Ost-Berlin stehen werden. Ohne Unterlaß wird die Jugend in der Sowjetzone mit den Vorbereitungen im wahrsten Sinne des Wortes tyrannisiert. Ihr ganzes Tun und Denken soll auf dieses kommunistische Jugend-Marschmanöver zwangsausgerichtet werden.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raanau